

**Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Kreistag Heinsberg  
zum Entwurf des Haushaltsplans 2015**

**-Es gilt das gesprochene Wort-**

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute beraten wir über den Haushalt für das kommende Jahr. Der Haushaltsplan stellt die Weichen für die Zukunft des Kreises Heinsberg. Wenn die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf heute Ihre Zustimmung erteilt, dann tut sie dies, obwohl einige dieser Weichen noch nicht in die richtige Richtung zeigen. Wir verstehen die Zustimmung zum ersten Haushalt dieser Legislaturperiode als Angebot an die Mehrheitsfraktion und an Landrat und Verwaltung zur konstruktiven Zusammenarbeit in den kommenden fünf und einhalb Jahren. Wir verbinden damit die Erwartung, dass unsere Vorschläge, die wir als Opposition in diesem Haus zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in unserem Kreis gemacht haben und machen werden, ebenso konstruktiv aufgenommen werden.

Gleich zu Beginn meiner Ausführungen möchte zu einem für die SPD-Fraktion sehr entscheidenden Thema kommen. Dieses Thema ist – es wird Sie nicht überraschen – die Frage der Sicherstellung einer

flächendeckenden Schulsozialarbeit in unserem Kreis. Sie alle wissen, dass die SPD-Fraktion dieses Thema in den vergangenen Monaten mehrfach auf die politische Agenda gesetzt hat. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass die Schulsozialarbeit an den Schulen im Kreis Heinsberg fortgesetzt wird. Auch andere Fraktionen haben dies von sich behauptet, aber leider führte dies bislang nicht zu konkreten Maßnahmen. Bereits im Finanzausschuss habe ich moniert, dass aus der inhaltlich wichtigen Sache ein unwürdiges Schwarze-Peter-Spiel gemacht wurde - auf dem Rücken unserer Kinder und Jugendlichen. Dass der Bund die Finanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets fortsetzt, ist am Widerstand von CDU und CSU in den Koalitionsverhandlungen in Berlin vor einem Jahr gescheitert. Vorwürfe an Bundesministerin Andrea Nahles aus den Reihen der Union – wie sie im Finanzausschuss erneut geäußert wurden – sind die Fortsetzung dieses Schwarze-Peter-Spiels auf lokaler Ebene. Sie sind angesichts der Tatsache, dass der Bundesfinanzminister der Bundesarbeitsministerin die Mittel nicht zur Verfügung stellt, genauso unfair wie durchsichtig. Die Sozialdemokraten im Kreis Heinsberg haben in dieser Frage immer alle drei Ebenen in der Pflicht gesehen. Auch gegenüber dem Land haben wir immer deutlich gemacht, dass wir Unterstützung erwarten, so gegenüber Kommunalminister Ralf Jäger bei dessen Besuch in Erkelenz im Mai dieses Jahres. Wir haben aber zudem gesagt, dass auch die kommunale Ebene in der Verantwortung ist. Dies gilt umso mehr, als die Folgen fehlender Schulsozialarbeit in den Jugendhilfeeinrichtungen auftauchen und somit letztlich kommunal zu finanzieren sind. Andere Kreise in Nordrhein-Westfalen hatten sich nicht darauf beschränkt, mit den Fingern auf andere zu zeigen sondern haben die Schulsozialarbeit bereits für das Jahr 2014 sichergestellt. Wir hätten uns auch von unserem Kreis eine aktivere Rolle gewünscht. Wie Sie

wissen, ist dies an den Mehrheitsverhältnissen in diesem Haus gescheitert. Wer aber glaubt – wie im Finanzausschuss erneut geäußert – die Finanzierung der Schulsozialarbeit ginge zu Lasten kommender Generationen, der irrt. Richtig ist: das Fehlen von Schulsozialarbeit geht zu Lasten der Zukunft und ist von kommenden Generationen in Form von Reparaturkosten zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es, dass die rot-grüne Landesregierung jetzt über ihren Schatten gesprungen ist und eine Mitfinanzierung für die kommenden drei Jahre zugesagt hat. Dies hätten wir uns auch vom Kreis Heinsberg gewünscht. Unser Antrag, den 40prozentigen Eigenanteil an der Finanzierung der Schulsozialarbeit aus dem Kreishaushalt zu finanzieren wurde im Wesentlichen mit dem Argument abgelehnt, eine Finanzierung über den Kreishaushalt führe gegenüber den Städten und Gemeinden zu Ungerechtigkeiten und „Verwerfungen“. Wer aber so argumentiert, hat den Sinn eines Umlageverbandes, wie der Kreis es ist, nicht verstanden. Sinn eines Umlageverbandes ist es gerade nicht, dass jedes Mitglied dieses Verbandes in jedem Einzelfall genau das Maß an Leistung zurückerhält, das seinem Finanzierungsanteil entspricht. An vielen anderen Stellen im Haushalt geschieht das ja auch nicht. Beim örtlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisjugendamtes in den Städten und Gemeinden des Kreisjugendamtsbezirks wird ja – so hoffe ich – auch nicht darauf geschaut, wer wie viel in an Jugendamtsumlage gezahlt hat. Viel wichtiger ist es, den Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erkennen und vor Ort einzusetzen.

Auch bei anderen kommunalen Themen spielt diese Frage, die bei der Schulsozialarbeit in den letzten Tagen diskutiert wurde, offenbar keine Rolle. Zum Beispiel im Straßenbau, bei der Finanzierung der L117n in Ihrer Heimatstadt Hückelhoven, Herr Landrat. Damit ich nicht falsch verstanden werde: ich möchte den Bau der Straße nicht in Frage stellen.

Ich halte die Umgehung für dringend notwendig und längst überfällig. Ich wundere mich nur, dass der Landrat leichthin verkündet, dass sich der Kreis an der Finanzierung mit zwei Millionen Euro beteiligt. Demnach will der Kreis in den kommenden drei Jahren je knapp 670.000 Euro investieren. Zum Vergleich: Der Eigenanteil an der Schulsozialarbeit beträgt für den gleichen Zeitraum etwa 385.000 Euro pro Jahr. Finanziert werden die Mittel für die L117 von allen Städten und Gemeinden aus der allgemeinen Kreisumlage. Ist das gegenüber anderen Kommunen unseres Kreises, die nicht unmittelbar von der Straße profitieren und vielleicht selber auf den Bau einer Umgehungsstraße warten, gerecht? Führt das nicht zu Verwerfungen? Es ist schon erstaunlich, an welchen Stellen solche Fragen aufgeworfen und diskutiert werden und an welchen Stellen nicht. Wie schon gesagt: Der Bau der L117 ist wichtig für die Menschen in Millich und Ratheim. Was uns aber der Bau einer Umgehungsstraße wert ist, sollte uns die Zukunft unserer Kinder erst recht wert sein.

Der vom Landrat im Kreisausschuss gemachte Vorschlag, nur die kreiseigenen Schulen selbst zu finanzieren und im Übrigen die Landesgelder zur Finanzierung der Schulsozialarbeit an die Kommunen durchzureichen, dabei aber mögliche Lücken durch den Kreis im Rahmen dessen Ausgleichsfunktion zu schließen, halten wir nur für die zweitbeste Lösung. Aber immerhin: Eine flächendeckende Schulsozialarbeit im Kreis Heinsberg ist wieder in Sicht. Und bezüglich Ihrer Aussage im Kreisausschuss zur Schließung etwaiger Lücken sehen wir Sie, Herr Landrat, in der Pflicht. Ohne eine solche Zusage hätte die SPD-Fraktion dem Haushaltsentwurf heute nicht zugestimmt. Wir werden Sie in dieser Frage beim Wort nehmen, darauf können Sie sich verlassen.

Nun aber zu einem anderen Thema: Mit Spannung haben wir auf die Zahlen zum Personalhaushalt geschaut. Der von CDU und FDP im Jahr 2012 eingebrachte Antrag zum Controlling, bei dem als Ziel eine Personaleinsparung von 5% formuliert wurde, wurde von uns schon damals kritisiert. Im Beschlusssentwurf hieß es: „Die Kreisverwaltung reduziert beginnend mit dem Jahr 2013 die Mitarbeiterkapazität in den nächsten 5 Jahren um mindestens 5 Prozent – Basis 31.12.2012 in der Fassung des Haushaltsplans 2012 -.“ Wir hatten dem seinerzeit entgegen gehalten, dass einer solchen Festlegung eine Aufgabenkritik vorausgehen muss: Welche Aufgaben nimmt der Kreis mit welchen Standards künftig wahr und wie viel Personal wird hierfür benötigt.

Anscheinend hatten wir mit unserer Einschätzung Recht. Die Wahrheit ist: Die Zahl der Stellen steigt, anstatt zu sinken: Im Jahr 2013 um 15 Stellen, im Jahr 2014 um weitere 21 Stellen und im Jahr 2015 um weitere 28 Stellen. Freilich gibt es dafür auch plausible Gründe, die im Aufgabenzuwachs vor allem im Jobzentrum und im Rahmen geförderter Projekte liegen, deren Stellen refinanziert sind. Aber selbst wenn wir die ausgelagerten Stellen abziehen, steigt deren Zahl im Haushalt 2015 um 16 Stellen. Das zeigt aber: der Antrag von CDU und FDP war unsolid, die offenbar willkürlich gegriffene Zahl 5 vor dem Prozentzeichen schlicht unseriös. Anders gesagt: es war ein Show-Antrag, dem jede realistische Grundlage fehlte. Der Personalaufwand muss den definierten Aufgaben folgen. Die SPD-Fraktion ist weiterhin nicht dafür zu haben, dass Einsparungen mit pauschalen Festlegungen nach dem „Rasenmäher-Prinzip“ zu Lasten der Beschäftigten unserer Verwaltung erfolgen.

Eine positive Entwicklung sehen wir bei der Arbeit des Jugendamtes: mit den „Frühen Hilfen“ wird präventive Arbeit geleistet. Davon wünschen wir

uns mehr: Mehr Prävention, mehr frühzeitige Hilfen, mehr frühzeitige ambulante Unterstützung der Familien. Wir dürfen uns nicht davor scheuen Geld für Prävention in die Hand zu nehmen. Ich wünsche mir in Zukunft in dieser Hinsicht mutigere Entscheidungen von uns allen. Man kann es nicht oft genug sagen: Jeden Euro, den wir heute in Prävention investieren, sparen wir in Zukunft, denn Reparaturkosten sind deutlich teurer. Der Anstieg in den Jugendamtsetats der Kreise und Städte heute spiegelt insoweit auch die Fehler der Vergangenheit wider.

Der Ausbau des U3-Angebots hat in den vergangenen Jahren sicherlich viele Kräfte gebunden. Mit dem Ergebnis können wir zufrieden sein, aber wir dürfen wir uns darauf nicht ausruhen. Vor allem dürfen wir die älteren Kinder über drei Jahren nicht aus den Augen verlieren. Auch für diese müssen auch weiterhin qualitativ gute Betreuungsangebote vorgehalten werden. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Thema ansprechen, welches der SPD-Fraktion sehr am Herzen liegt: die Frauenerwerbsquote im Kreis Heinsberg. Die Idee, die auch hinter der U3-Betreuung steckt ist es, den Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen. Der Kreis Heinsberg hinkt im Landesvergleich hinterher. Hier gibt es großen Handlungsbedarf.

Wie Sie wissen, waren wir mit dem Ansatz der Verwaltung zum Thema Pflege nicht einverstanden. Wir hätten uns vielmehr ein dezentrales Beratungsangebot gewünscht. Die Praxis hat gezeigt, dass die Einrichtung eines einzigen Pflegestützpunkts, angesiedelt bei einer gesetzlichen Krankenkasse, den Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht wird. Unser Ziel war und ist, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten häuslichen Umgebung leben können. Dazu benötigen sie auch eine umfassende Beratung vor Ort.

Das Land hat dies erkannt und im Rahmen des Landespflegegesetzes verankert. Zu loben ist hier die Arbeit unserer Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung, die bereits gute Ansätze in der Umsetzung der quartiersbezogenen Versorgung gezeigt hat. Auch wenn noch immer noch nicht ausreichend ist, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Kritisieren möchte ich hingegen, dass wir im Kreis Heinsberg nach wie vor kein Angebot zur Verbraucherberatung vorhalten. Die Verwaltung hat in der Vorlage zur Sitzung des Kreisausschusses am 04.11.2014 ausgeführt, dass aktuell keine Förderungen vom Land zu erwarten seien. Da eine 100%ige Kostenübernahme zu teuer sei, lehne die Verwaltung die Einrichtung einer Verbraucherzentrale ab. Das Land hat in der Vergangenheit die Einrichtung von Verbraucherberatungsstellen gefördert. Dieses Kontingent sei aber ausgeschöpft. Da stellt sich die Frage, warum wir uns nicht schon früher um eine Förderung beworben haben, obschon dieses Thema schon seit langer Zeit in der Diskussion ist. Verbraucherschutz ist nicht nur „eine schöne Sache“, wie Sie, Herr Landrat, in der Sitzung des Kreisausschusses meinten. Aktiver Verbraucherschutz gehört fast überall in Nordrhein-Westfalen zum Standardangebot. Nur wenige Kreise in NRW stehen bei diesem Thema außen vor. Der Kreis Heinsberg gehört leider dazu. Wie bereits angekündigt werden wir die Forderung nach einem aktiven Verbraucherschutz in unserem Kreis erneut aufgreifen und auf die politische Agenda setzen.

Die zur Finanzierung des Haushalts gewählten finanzpolitischen Instrumente halten wir für richtig. Die Zuführung aus der Ausgleichsrücklage hält die Belastungen unserer Städte und Gemeinden – jedenfalls zunächst noch – auf ein erträgliches Maß. Die

Bürgermeister haben dem im Rahmen des Benehmensverfahrens ja auch zugestimmt. Die Schlüsselzuweisungen an die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben Rekordhöhe erreicht. Das Land hilft im Rahmen seiner eigenen Möglichkeiten den Kommunen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dies wurde zuletzt bei den angekündigten Hilfen für die Schulsozialarbeit und der Flüchtlingsunterbringung deutlich. Dazu kommen Förderprogramme wie der Kulturrucksack NRW, von denen auch unser Kreis profitiert. Zu begrüßen sind auch die Hilfen bei der U3-Betreuung und der bei der schulischen Inklusion mit den kommunalen Spitzenverbänden gefundene Kompromiss. Diese Landesregierung ist gesprächsbereit und kompromissfähig. Nur zur Erinnerung: Das war mal fünf Jahre lang anders. Angesichts dessen sind pauschale Vorwürfe gegen das Land, das sich selber zur Einhaltung der Schuldengrenze ab dem Jahr 2020 verpflichtet hat, wie sie auch im Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister anklingt, unangemessen.

Bereits bei der Einbringung haben Landrat und Kämmerer deutlich gemacht, dass der Ausgleich des Haushalts in den kommenden Jahren noch schwieriger sein wird. Schon alleine die Mehraufwendungen in Höhe von 800.000 Euro, die uns ab dem Jahr 2016 für die Finanzierung des ÖPNV erwarten, sind erschreckend. Umso wichtiger ist es, dass der Bund seine Zusage, die Kommunen mit 5 Mrd. Euro jährlich zu entlasten, ob nun über die Eingliederungshilfe oder besser bei den Kosten der Unterkunft, rasch umsetzt.

Unser Kreis steht vor großen Herausforderungen. Eine dieser Herausforderungen ist die Umgestaltung der Förderschullandschaft. Hierzu hat die Vorsitzende des Schulausschusses Andrea Reh in der

letzten Sitzung des Kreisausschusses bereits – wie ich meine – die richtigen Worte gefunden. Mit dem Beschluss, den wir heute noch fassen werden, ist die Angelegenheit aber bei weitem noch nicht erledigt. Die Inklusion von Menschen mit Behinderung, zu der wir uns in Deutschland verpflichtet haben, bleibt eine ständige Aufgabe – nicht nur in der Schule. Eine weitere Herausforderung zeichnet sich ab, seit dem wir die schrecklichen Bilder aus den Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten sehen und wissen, dass viele Menschen bei uns Zuflucht suchen und suchen werden. Eine Herausforderung ist das nicht nur für Politik und Verwaltung im Kreis und in den Städten und Gemeinden. Es ist eine Herausforderung für alle Menschen, die hier wohnen. Viele leisten bereits aktive Hilfe, nicht nur die, die professionell mit der Flüchtlingshilfe beschäftigt sind. Es gibt aber auch – wie wir wissen – viele Ängste und Befürchtungen. Ich begrüße es, dass die Fraktionen im Kreistag hierüber ins Gespräch gekommen sind. Ich wünsche mir dass wir im Kreis Heinsberg den Flüchtlingen offen, hilfsbereit und vor allem mit Respekt begegnen.

Diese Legislaturperiode ist erst wenige Monate alt. Sie hat bereits – und so muss das auch sein – zu Diskussionen mit gegensätzlichen Positionen geführt. In vielen Fragen herrschte aber auch Einigkeit und die Fraktionen zogen an einem Strang. Für mich erfreulich ist, dass die Form und der Ton der Auseinandersetzung bei uns auch im Streit von Respekt geprägt ist. Diese Tradition aus vorausgegangenen Wahlperioden scheint sich fortzusetzen und unterscheidet sich damit wohltuend von so manch anderem Kommunalparlament. Herr Wagner, ihre Äußerung zum Antrag meiner Fraktion zur Schulsozialarbeit im Finanzausschuss betrachte ich daher auch als Ausrutscher. Hier kommt wirklich keiner aus irgendwelchen Löchern gekrochen. Ich erinnere daran, dass in Ihrer

Heimatstadt Wegberg im Frühjahr 150 Schülerinnen und Schüler für die Sicherung der Schulsozialarbeit demonstriert haben. Wir treten im Kreistag für die Interessen der Menschen ein, die hierhin gewählt haben. Sie sind neu in diesem Parlament. Ich bin zuversichtlich, dass die gute Diskussionskultur, die wir hier immer gepflegt haben, auch auf Sie abstrahlt.

Trotz unserer Kritik – und damit komme ich zum Beginn meiner Ausführungen zurück – stimmt die SPD-Fraktion dem Haushaltsentwurf heute zu. Betrachten Sie dies ruhig als Vertrauensvorschuss. Wir sehen durchaus Möglichkeiten, die Weichen in die richtigen Positionen zu bringen. Dazu möchten wir im kommenden Jahr beitragen und setzen – ich sagte es bereits – auf einen konstruktiven Umgang mit unseren Vorschlägen.

Zu guter Letzt möchte ich mich bei Ihnen, Herr Schöpgens, bedanken. Sie haben uns auch in diesem Jahr einen handwerklich hervorragenden Haushalt vorgelegt und uns diesen in unserer Haushaltsklausur ausführlich erläutert. Ein herzliches Dankeschön sage ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns hier in diesem Saal und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die – so denke ich - einen guten Job machen, ein frohes Fest und für das neue Jahr vor allem Gesundheit, aber auch Glück und Erfolg.